

# **Gewerkschaftliche Informationen**

Populärwissenschaftliche Schriftenreihe  
Zeitgenössische Standpunkte - Historische Dokumente

Interessengemeinschaft FDGB  
15. Juni 1945



**„Nur starke Gewerkschaften  
bändigen das Kapital“**

**Juni 1945  
Die Gründung des FDGB  
in Berlin**

Von Werner Ruch

Berlin, 2002  
ISSN 1433-6375

**„Nur starke Gewerkschaften  
bändigen das Kapital“**

**Juni 1945 - Die Gründung  
des FDGB in Berlin**

**Von Werner Ruch**

## Juni 1945 - Die Gründung des FDGB in Berlin

Sie kommen teils zu Fuß, teils auf klapprigen Fahrrädern. Freiwillig und nicht „verordnet“ folgen sie einer Einladung des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin, von der sie großteils durch Mundpropaganda bzw. über den Berliner Rundfunk erfahren hatten. 579 Gewerkschafter aus allen 20 Berliner Verwaltungsbezirken (vor 1933 gehörten sie miteinander konkurrierenden, sich teilweise bekämpfenden Richtungsgewerkschaften an) finden sich am 17. Juni 1945 im Neuen Stadthaus in der Parochialstraße 1-3 zur ersten großen Gewerkschaftsveranstaltung nach der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands ein. Sie geben dem Gründungsaufruf für einheitliche, freie und demokratische Gewerkschaften auf antifaschistischer Grundlage in einer einmaligen historischen Situation, ihre Zustimmung.

Eine Tafel, die 1965 anlässlich des 20. Jahrestages der Berliner Gewerkschaftsgründung am Neuen Stadthaus angebracht wurde, erinnerte bis zu Beginn der neunziger Jahre an dieses historische Ereignis. Mit dem „spurlosen“ Verschwinden dieser Erinnerungstafel wurde nicht nur ein Stück Berliner Identität demontiert.

Nach der Eröffnung der historischen Kundgebung im Neuen Stadthaus, im späteren Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung, durch den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionär Otto Brass, erhoben sich die Gewerkschafter in ehrendem Schweigen zu Ehren des verunglückten ersten Stadtkommandanten, Herrn Generaloberst Bersarin. Er hatte seine Teilnahme an dieser ersten Sitzung zugesagt.

Brass erteilte den weiteren Unterzeichnern des Gründungsaufwurfes Roman Chwalek, Bernhard Göring, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Hermann Schlimme und Paul Walter, Betriebsratsvorsitzender in der AEG und Mitglied des Reichstages das Wort.

Roman Chwalek, Sekretär der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und Mitglied des Reichstages, nahm zu den Lehren der Vergangenheit Stellung: „Der Faschismus konnte nur zur Macht kommen, weil in Deutschland keine einheitliche Kraft vorhanden war, dies zu verhindern. Die Spaltung der Arbeiterklasse und die Unentschlossenheit der demokratischen Kräfte war eine der Ursachen“. Er kam angesichts der Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 zu der Folgerung: „Nie wieder Spaltung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung!“ Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes auch für das übrige Deutschland von Bedeutung sei.

Darauf erklärte Jakob Kaiser, 1933 Sekretär des Christlichen Gewerkschaftsbundes und Reichstagsmitglied, daß die Einheit der Gewerkschaften

von einem lebendigen Strom gegenseitigen Vertrauens genährt wird, das in der Hölle der Lager die Arbeiter aller Parteien zum gemeinsamen Antifaschismus hat zusammenfinden lassen.

Ernst Lemmer, einstiger Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und Mitglied des Reichstages, gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß zum letzten Mal die Gewerkschaftsverbände einzeln auftreten: „In Zukunft werden wir als Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vor der Berliner Arbeiterschaft stehen.“

Hermann Schlimme, Bundessekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und führendes Mitglied der illegalen Reichsleitung der deutschen Gewerkschaften, bekräftigte: „Wir sind Vollstrecker des letzten Willens der Opfer unserer Bewegung und das ist ein gemeinsames Aktionsprogramm der Gewerkschaften.“

Auf einem der Vorbereitungskongresse der HBV in Bremen zur Vorbereitung der Vereinigung zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (verdi e.V.) erinnerte die damalige HBV-Vorsitzende Margret Mönig-Raane an die Worte Wilhelm Leuschners, der als Nachfolger für Theodor Leipart, ADGB-Vorsitzender, vorgesehen war, vor seiner Hinrichtung nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944: „Schafft die Einheit! Nur mit starken Gewerkschaften läßt sich der Kapitalismus bändigen!“ Diese mahnenden Worte sollten wir auch für die künftigen Generationen bewahren.

Berlin 1945: eine Weltstadt in Schutt und Trümmern, chaotische Zustände überall, besonders in der Innenstadt. Soldaten der Roten Armee und selbstlose Berliner, darunter viele Gewerkschafter, ehemalige Betriebsräte und Antifaschisten, die teils gerade erst aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern kamen, beginnen das Leben in der Stadt wieder anzukurbeln. In der einst 4,3 Millionen Einwohner zählenden Stadt sind jetzt etwa 2,2 und wenig später 2,6 Millionen Menschen zu versorgen. Wehrmachtlager werden geplündert. Vielfach muss die Versorgung aus Beständen der Roten Armee erfolgen. Trotz aller Bemühungen um geregelte Versorgung kommt es zu Diebstählen und Überfällen. Dem kann nur durch schrittweise Normalisierung des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens begegnet werden. Anfang Juni werden allein im Bezirk Schöneberg, später zum amerikanischen Sektor von Berlin gehörend, 105 Bäckereien, 365 Lebensmittelgeschäfte, 70 Fleischerläden, 124 Gemüsegeschäfte, 12 Molkereien und 264 Gaststätten eröffnet. Schon im Mai wurden wieder Filme gezeigt, fanden Fußballspiele statt und im Juni gibt das Orchester des Deutschen Opernhauses sein erstes Nachkriegskonzert im Steglitzer Titania-Palast.

Der Wiederaufbau und der gewerkschaftliche Gründungsprozeß 1945 wäre ohne die gemeinsame Interessenlage und das Streben nach Gewerkschaftseinheit seitens der Mitglieder der KPD und SPD nicht

denkbar gewesen. Schon Anfang Mai nehmen Gewerkschaftsfunktionäre der verschiedenen Lager, teils noch mit verschiedenartigen Gründungskonzeptionen das Gespräch auf. Der Wille zur Gewerkschaftseinheit setzt sich sehr schnell in erstaunlicher Breite durch. Hunderte Gewerkschafter waren an den Gesprächen auf den verschiedensten Ebenen beteiligt.

Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich auch im Einflußbereich der westlichen Alliierten.

Jedoch ermöglichte der Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) bereits nach dem 10. Juni 1945 die Zulassung antifaschistischer Parteien und Organisationen. Die Gründungsverhandlungen gehen Anfang Juni mit Gesprächen zwischen Walter Ulbricht, Jakob Kaiser und weiteren Gründern des FDGB Groß-Berlin über den Entwurf des Gründungsdokumentes in die entscheidende Phase. Mit der Konstituierung des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses unterzeichnen seine acht Mitglieder den Gründungsaufruf.

Zu den Unterzeichnern gehörte auch Hans Jendretzky. Er wurde auf dem Gründungskongress des FDGB Anfang Februar 1946 zum Vorsitzenden des FDGB der sowjetischen Besatzungszone gewählt.

Berlins Stadtkommandant Nikolai Bersarin hatte noch am 13. Juni die Berliner Neugründung der Gewerkschaften bestätigt. Es galt die Lehren für ein neues Deutschland zu ziehen. Im Gründungsaufruf hieß es, daß die freien Gewerkschaften „unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten“ bilden sollten. Es gelte das Vertrauen der Völker wiederzugewinnen. Dies entspreche den Erwartungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Schon im Februar 1945, in der letzten Phase des zweiten Weltkrieges, hatte die Weltgewerkschaftskonferenz in London, die zur internationalen Gewerkschaftseinheit führte, beschlossen, daß im vom Faschismus befreiten Deutschland so schnell wie möglich eine freie demokratische Gewerkschaftsbewegung aufgebaut werden sollte.

Der nun im Juni 1945 gebildete Berliner Vorbereitende Gewerkschaftsausschuß will mit dem in London konstituierten internationalen Gewerkschaftskomitee die weiter auszuarbeitenden gewerkschaftlichen Grundsätze in Übereinstimmung bringen.

Am 17. Juni 1945 nimmt der FDGB in Berlin seine Arbeit auf. Arbeiter und Angestellte sind aufgerufen, ihre Meinung zu den im Gründungsaufwurf genannten Erstaufgaben zu äußern und an deren Umsetzung tatkräftig mitzuwirken. Diese bestehen in der Säuberung aller Posten in der Stadtverwaltung und den Betrieben von faschistischen Elementen, im Einsatz aller Arbeitskräfte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Berlin wieder aufzubauen, im Abschluß von Tarifverträgen und der Organisierung

des Arbeitsschutzes sowie der Wiedereinführung der Sozialversicherung und schließlich in der Erziehung im Geiste des Antifaschismus und der Völkerfreundschaft. Mit dem Gründungsaufwurf wurde auch bekanntgegeben, daß der FDGB-Ortsausschuß Berlin sich aus 18 Verbänden zusammensetzt. Dessen Basis soll das Prinzip „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ sein.

Zu einer flexiblen Lösung kommt es in der Angestelltenfrage durch die Bildung einer Gewerkschaft der Kaufmännischen- und Büroangestellten und der Gewerkschaft der Techniker und Werkmeister.

Bernhard Göring, bis 1933 Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes für Angestellte legte auch Wert darauf, daß für jeden der 20 Bezirksausschüsse des FDGB ein Angestelltensekretär berücksichtigt wurde.

Am 31. Dezember 1945 konnten die im FDGB vereinten Gewerkschaften bereits auf 300.000 beitragszahlende Mitglieder verweisen. Daß die Arbeit des Berliner FDGB über die Stadtgrenze, über das sowjetische Besatzungsgebiet hinaus in den westlichen Besatzungszonen, wie im Ausland Aufmerksamkeit hervorrief, hing zweifellos damit zusammen, daß die deutsche Hauptstadt als nationales und internationales Gewerkschaftszentrum galt. Der FDGB Groß-Berlin stand in dieser Tradition und sah sich als Baustein nationaler Gewerkschaftseinheit. Sehr bald nach der Teilnahme der westlichen Truppen an der Besetzung Berlins wurde die Gewerkschaftseinheit schweren Belastungen unterworfen. In der Auseinandersetzung um die gewerkschaftspolitische Orientierung und die Führung der Gewerkschaften bildete sich eine Gewerkschaftsopposition heraus.

Hier ein Blick auf diesen hoffnungsvollen und zugleich äußerst komplizierten Prozeß.

Nach ihrer 22. Sitzung am 21. Dezember 1945 teilte die Alliierte Kommandantur Berlin dem FDGB Groß-Berlin mit: Es kann gewählt werden; jedoch sei eine Neuwahl der bereits im September gewählten Delegierten erforderlich „weil die Mitgliederzahl der Gewerkschaften seit Durchführung der letzten Wahlen wesentlich gestiegen ist“. Damit war de facto die Genehmigung erteilt, die Gründungsphase des FDGB in Berlin mit der Durchführung der 1. Stadtdelegiertenkonferenz und der Wahl eines Bezirksvorstandes abzuschließen. Ursprünglich sollte die Stadtdelegiertenkonferenz bereits am 23. September 1945 stattfinden. Eine Aktennotiz von Hermann Schlimme, Mitglied des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses Groß-Berlin und des Zentralkomitees der SPD, vom 24. August verweist auf wiederholte Gespräche mit General Badford von der englischen Militärbehörde und zwei amerikanischen Offizieren.

Hermann Schlimme informierte, es sei über den organisatorischen Aufbau des FDGB gesprochen worden. Wort für Wort seien die Dokumente geprüft worden. Die Militärs hätten dann zu verstehen gegeben, daß abgeschlossene

Tarifverträge von eventuell nicht gewählten Verbandsleitungen ungültig werden könnten. Schlimme schlug deshalb vor, so schnell wie möglich Delegiertenwahlen durchzuführen. Paul Walter, besonders für Organisationsfragen zuständig, legte umgehend eine entsprechende Beschlußvorlage vor.

Jakob Kaiser wendete ein, daß man bei der Terminfestlegung doch auch bedenken müsse, daß der vorbereitende Ausschuß mit Blick auf den Reichsgedanken zusammengesetzt sei.

Bernhard Göring erhielt Zustimmung für seinen Vorschlag, die Delegiertenkonferenz zum 23. September einzuberufen und dem gewählten neuen Vorstand nahezu legen, sich um die Schaffung einer Reichs- bzw. vorerst um die Bezirksorganisation zu bemühen.

Ohne formell die Durchführung der Stadtdelegiertenkonferenz abzulehnen, wurde am 18. September 1945 von der Alliierten Kommandantur mitgeteilt, daß sie über den Antrag des FDGB erst entscheiden könne, wenn ihr Satzungsentwürfe, der Wahlmodus, eine vollständige Liste der Vorstandsmitglieder sowie ein Verzeichnis der eingezahlten Beiträge vorlägen. Da diese Auflagen 5 Tage vor der geplanten Konferenz nicht zu erfüllen waren, informierten Schlimme und Chwalek die Bezirksverbandsleitungen in einem Rundschreiben von dieser Sachlage. Sie teilten mit, daß diese Konferenz zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden müsse. Es erfolgte auch eine entsprechende Mitteilung in der Presse an alle Organisationskörperschaften sowie gewählte Delegierte. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die englischen Militärbehörden in ihrem Sektor die Delegiertenwahlen bereits untersagt hatten. Ziel war es, Zweifel an der Legalität des FDGB zu nähren, seine Konsolidierung zu verzögern und Kräfte, denen die Gewerkschaftseinheit mit Kommunisten nicht gefiel, zu stärken. Daraufhin fordern Betriebsfunktionäre auf Konferenzen, in Prenzlauer Berg am 10. Oktober oder in Treptow am 15. Oktober, so schnell wie möglich die Delegiertenkonferenz zu erlauben, denn die Delegierten seien doch bereits gewählt.

In diesem Herbst wird auch die Schaffung von Betriebsräten gefordert. Entsprechende Resolutionen werden verabschiedet von Belegschaftsversammlungen der AEG Brunnenstraße (28. August 1945) mit über 1.000 Teilnehmern, von 500 Kollegen der Siemens-Schuckert-Werke (31.8.) und Steffens und Nölle (1.9.) sowie von Funktionärskonferenzen des FDGB in Prenzlauer Berg (10.10.) und der Branche der Rohrleger und Helfer (21.10.1945).

Bis zum 26. November wurden 253 Betriebsräte gewählt. Davon gehörten 117 Betriebsratsmitglieder der KPD, 77 der SPD, 3 der CDU an, 56 sind parteilos. Einige betriebliche Wahlergebnisse, wie das der AEG-Fabriken

in der Ackerstraße (Wedding), ließen aber auch erkennen, daß sozialdemokratische Kollegen eine Kandidatur ablehnten. Fritz Rettmann, Vorsitzender der IG Metall, erklärte dieses Verhalten aus der Absicht, die Verantwortung für Fehlschläge in der künftigen Arbeit auf die KPD abwälzen zu können.

Betriebsvereinbarungen wurden abgeschlossen zwischen Firmenvertretern und Betriebsräten. Jene, zwischen der Geschäftsleitung der Wäscherei Spindler AG in Spindlersfeld und dem Betriebsrat vereinbarte, ist noch in der Gegenwart des Ansehens wert. Vom FDGB-Bezirksausschuß Friedrichshain wird am 22. Dezember mitgeteilt, daß in der Zeit von August bis September in 21 Betrieben Lohn- bzw. Rahmenabkommen von Betriebsräten und Gewerkschaftsausschüssen abgeschlossen wurden. Darunter befanden sich die bekannte Fabrik für Drehbänke, Kärger AG, die Osthafenmühle und die Stralauer Glashütte.

Mit Wirtschaftsnotprogrammen einzelner Verbände wurden erste Schritte getan für einen Funktionswandel der Gewerkschaften zur Mitarbeit an der Wirtschaftsplanung 1946. Arbeiter und Angestellte werden Träger des Wiederaufbaus. Von ihnen hängt auch ab, ob und wie das Mitbestimmungsrecht verwirklicht und die Auflösung der Konzerne zur Beseitigung der Machtkonzentrationen in der Wirtschaft durchgesetzt wird. Als bald sollte ja der Bodenreform eine Industriereform folgen, in deren Ergebnis gemeinwirtschaftliche Eigentumsformen entstehen. In ihnen sollte nicht mehr das kapitalistische Gewinnstreben dominieren. Entsprechende Beschlüsse wurden von Funktionärskonferenzen in den Bezirken, von der Belegschaft der Bergmann-Borsig AG in Wilhelmsruh (11. 10. 1945) und den gewerkschaftlichen Betriebsausschüssen der östlichen Wirtschaftszone (30. 11. 1945) gefaßt. In der Thyssen AG wird die Entlassung des Direktors Junge gefordert. Es kommt zu Arbeitsniederlegungen und Solidaritätsstreiks. Dr. Otto Suhr, späterer Regierender Bürgermeister von Westberlin, trug damals mit Untersuchungen zur Wirtschaftsplanung und den veränderten Funktionen der Betriebsräte zur wirtschaftstheoretischen Durchdringung dieser Problematik bei. Er nahm häufig an den Beratungen des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses besonders zu diesen Themen teil. Bis zum März 1946 war Dr. Suhr Hauptabteilungsleiter in der Zentralverwaltung der Industrie der sowjetischen Besatzungszone.

Die kurz skizzierten wirtschaftspolitischen Wandlungen stützten sich auf das Potsdamer Abkommen der 4 Siegermächte. Am 9. August 1945 gab der Vorbereitende Gewerkschaftsausschuss für Groß-Berlin zusammen mit den FDGB-Verbandsvorständen dazu eine Zustimmungserklärung ab. Sie bekräftigten die im Gründungsaufwurf getroffene Aussage, alle Kräfte für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau einzusetzen. In jenen Wochen mündete die Säuberung der Stadtverwaltung und Betriebe von aktiven



Faschisten in Forderungen zur Enteignung von Konzernherren und Naziaktivisten. In Nürnberg begann der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher.

Am 1. Juli 1945 beschloß der Magistrat in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften, die Zersplitterung der Versicherungsträger durch die Gründung der Vereinigten Versicherungsanstalt Berlin (VAB) zu beenden. Martha Arendsee, Reichstagsabgeordnete der KPD, übernahm gemeinsam mit Prof. Dr. Ernst Schellenberg, späterer Berliner Vertreter der SPD im Deutschen Bundestag, die Leitung der VAB.

Martha Arendsee erklärte damals: „Sie (die VAB) wird getragen von dem großen Gedanken der Solidarität der Gesunden gegenüber den Kranken, der Arbeitsfähigen gegenüber den Invaliden, Witwen und Waisen.“

Ist diese Grundidee nicht aktuell, da gegenwärtig auf die Rentenreform die Krankenversicherungsreform folgen soll? Wiederum auf Vorschlag der Gewerkschaften wurde bei eben dieser VAB ein Amt für Arbeitsschutz eingerichtet. Von den 21 Vertretern zur Leitung dieses Amtes erhielten die Gewerkschaften das Recht, 14 Vertreter zu benennen. Das war einmalig in dieser Zeit.

In einem vom Präsidenten der Bergarbeiter-Vereinigung von Großbritannien unterzeichneten Brief einer britischen Gewerkschaftsdelegation an deutsche Arbeiterführer wird vor einer Überzentralisation der neu zu gründenden deutschen Gewerkschaften gewarnt. Sie hätten diese Tendenz bei einem Besuch der deutschen Gewerkschaften in der britischen Zone festgestellt. „Der Berliner“, Zeitung der britischen Besatzungsbehörde in Berlin, richtete danach eine Reihe Fragen an leitende Mitglieder des FDGB.

Roman Chwalek verwies darauf, daß gerade die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung vor 1933 von den Feinden der Demokratie ausgenutzt worden war. Der strukturelle Aufbau des FDGB gewährleiste die demokratische Willensbildung der Mitglieder. Nach Ansicht Ernst Lemmers sei die Tendenz des an Hans Böckler, Düsseldorf, gerichteten Briefes „ein Mißtrauen in die deutsche Fähigkeit, zu demokratischen Organisationsformen zurückzufinden.“ Er fügte hinzu, daß er „von dem guten Willen aller gewerkschaftlichen Vertreter in den verschiedenen Zonen überzeugt sei, so bald wie möglich den Zusammenschluß der deutschen Gewerkschaften für das ganze Land wiederherzustellen“.

Unmittelbar nach der Genehmigung der ersten Delegiertenkonferenz von Groß-Berlin durch die Alliierte Kommandantur wandte sich der Vorstand des FDGB in einem Aufruf an seine Mitglieder und Funktionäre, diese Konferenz zum 2. Februar 1946 vorzubereiten. In den letzten Monaten sei viel für unser Volk geleistet worden. Die Freien Gewerkschaften zählten in Berlin inzwischen 300.000 Mitglieder. Diese werden aufgefordert, die Einheit in den Betrieben zu sichern und zum Entwurf der „Grundsätze und Aufgaben der Freien Gewerkschaften“ Stellung zu nehmen.

Die Delegiertenkonferenzen der 20 Berliner Bezirke und die 605 Delegierten der ersten Stadtdelegiertenkonferenz gaben ein Bekenntnis zur Gewerkschaftseinheit, zur deutschen Einheit und zur großen Einigung der Arbeiterbewegung in Deutschland ab. Die optimistischen Einschätzungen des in so kurzer Zeit zurückgelegten Weges waren aber auch von sehr kritischen Bemerkungen zur Gewerkschaftseinheit begleitet. So erklärte Jakob Kaiser, er sei für den Sozialismus, aber gegen den Klassenkampf. In den vergangenen Monaten sei nicht alles eitle Harmonie in den Gewerkschaften gewesen. Manche Handlung der Gewerkschaften habe mehr einem revolutionären Elan entsprochen als dem Gesetz einer staats- und wirtschaftspolitischen Weisheit. Kaiser positionierte sich als Anwalt der christlichen Arbeiterschaft in allen Teilen Deutschlands.

Dr. Ottomar Batzel (CDU), Finanzverwaltung Mitte, wandte sich vom Konferenzpräsidium aus gegen Resolutionsentwürfe, die sich dafür aussprachen, daß sich die beiden Arbeiterparteien in kürzester Frist vereinigen mögen. Solche Resolutionen gehörten auf Parteikonferenzen.

Dr. Otto Suhr vertrat die Meinung, daß es nicht darauf ankomme, einen hohen Organisationsgrad zu erreichen, sondern die Einheit der Arbeiterklasse müsse durch gemeinsamen Geist und Willen gesichert werden. Bedenklich sei das Verhalten mancher alter Gewerkschaftsfunktionäre, die sich noch in den gleichen Bahnen bewegen, wie vor 1933. Die neuen Gewerkschaften sollten auch nicht eine Arbeitsfront mit anderen Vorzeichen sein.

Kaiser bedauerte es, daß es nicht möglich gewesen sei, bei den Delegiertenwahlen die Parteizugehörigkeit offen bekannt zu geben. Dieses Thema sollte bei den Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen nach der Gründung der SED noch eine sehr kontroverse Rolle spielen.

Unter den auf der Stadtdelegiertenkonferenz gewählten 30 Vorstandsmitgliedern befanden sich alle Unterzeichner des Berliner Gründungsaufzuges. Jakob Kaiser erhielt mit 366 Stimmen das beste Ergebnis. Allerdings hatte die CDU ein besseres Ergebnis erwartet. Willi Lehmann vom Bekleidungsarbeiterverband verzichtete auf sein Vorstandsmandat, damit Minna Amann (CDU) in den Bezirksvorstand nachrücken konnte. Das veranlaßte Ernst Lemmer demonstrativ zu erklären, daß es sich hier um einen Akt der Solidarität handle, wie er eindrucksvoller in diesem Augenblick nicht hätte gegeben werden können. Es sei ihm auch im Namen seines Freundes Jakob Kaiser ein Bedürfnis zu erklären, daß es auf dieser Konferenz keine Mehrheitsgruppe gegeben habe, die ihre eigene Willensbildung einer Minderheit hätte aufzwingen wollen. Ebenso wie andere Gruppen habe die SPD wie auch die KPD das Gemeinsame über alles gestellt.

In seinem Schlußwort nahm Roman Chwalek, künftiger Vorsitzender des FDGB Groß-Berlin, eine wichtige Strategiebestimmung vor: Die gegenwärtig herrschende Ordnung in Deutschland sei trotz Niederringung des

Faschismus eine kapitalistische Ordnung, wenn auch mit bestimmten Einschränkungen. Noch fehlten die objektiven und subjektiven Voraussetzungen zum Sozialismus.

Für den eine Woche später am gleichen Ort stattfindenden 1. FDGB-Kongress der sowjetischen Besatzungszone wurden aufgrund des Einspruches westlicher Besatzungsmächte keine ordentlichen Delegierten sondern 150 Gastteilnehmer gewählt. Diese Statusfrage der Berliner Gewerkschaften bestand seit ihrer Gründung fort. Die Unterzeichner des Berliner Gründungsaufwurfes hatten es anders gewollt. Sie schlugen am 26. Juli 1945 in einem erst jetzt bekannt gewordenen Brief an Marschall G.K. Shukow vor, die Tätigkeit des vorbereitenden Ausschusses über das Gebiet von Groß-Berlin auf die gesamte sowjetische Besatzungszone auszudehnen. Am 27. August gab General Bokow den Berliner Gewerkschaftsvertretern zur Antwort, daß er eine Ausdehnung des Wirkungsbereiches des Berliner Gewerkschaftsausschusses für verfrüht halte. Dazu mußten vorher Verständigungen mit den Amerikanern und Engländern erzielt werden.

Der erste Bundeskongress des FDGB ließ aber keinen Zweifel daran, daß aus seiner Sicht die Bedeutung der Berliner Gewerkschaftsgründung weit über Berlin hinaus ging. Eine enge Zusammenarbeit bahnte sich nunmehr durch die Wahl führender Berliner Gewerkschafter in die Bundesgremien an. 973 Stimmzettel wurden abgegeben. Unter den 45 Mitgliedern des Bundesvorstandes befanden sich vom Vorbereitenden Gewerkschaftsausschuß Berlin Hans Jendretzky, 1. Vorsitzender (642 Stimmen), Bernhard Göring, 2. Vorsitzender (678 Stimmen), Ernst Lemmer, 3. Vorsitzender (613 Stimmen). Roman Chwalek und Hermann Schlimme waren bereits als Vorsitzende des FDGB-Landesvorstandes Berlin gewählt. Walter Ulbricht erhielt 648 Stimmen.

Hermann Schlimme war es, der wenige Monate zuvor, am 25. Oktober 1945, Vertretern des gerade gegründeten Weltgewerkschaftsbund es die führenden Berliner Gewerkschafter als gestandene Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus vorgestellt hatte, die durch eine harte gewerkschaftliche und politische Schule gegangen waren. Es waren auch die Berliner Gewerkschafter, die in einer Aussprache in der Alliierten Kommandantur an die führenden Vertreter des WGB die Bitte richteten, für eine gemeinsame Gewerkschaftszentrale in Deutschland einzutreten.

Die Delegierten beider Konferenzen wußten ebenso wie die Gewerkschaftsgründer in den drei westdeutschen Besatzungszonen um die Bedeutung der Gewerkschaften für die Schaffung eines neuen antifaschistisch-demokratischen Deutschlands, in dem die Urheber zweier Weltkriege und die Profitdominanz der Monopole und Banken nicht mehr den Ton angeben dürfen. Dafür standen damals noch die Signale auf grün.

*Werner Ruch, Berlin*



---

---

# Sichert die Einheit in den Betrieben

## Grundsätze und Aufgaben

### der Freien Deutschen Gewerkschaften

#### Einleitung

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, der Vernichtung des deutschen Militarismus und Imperialismus durch die verbündeten Völker steht die deutsche Arbeiterklasse vor der Aufgabe, sich wieder neue gewerkschaftliche Organisationen zu schaffen, die ihre sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen vertreten.

Am Beginn dieser Arbeit steht die bittere Feststellung, daß die Befreiung des deutschen Volkes und damit auch der Werktätigen nicht aus eigener Kraft gelang. Alle Bemühungen kleiner entschlossener Widerstandsgruppen, unter denen die illegalen Gewerkschaftsfunktionäre mit an erster Stelle standen, vermochten angesichts des Terrors der SS, des SD und der Gestapo nicht das Regime zu stürzen. Es bedurfte der starken alliierten Armeen, um die Hitlerherrschaft niederzuzwingen.

Nur eine gefestigte, geeinte Arbeiterbewegung, die in den entscheidenden Jahren vor 1933 entschlossen gewesen wäre, den antifaschistischen Klassenkampf mit allen Mitteln zu führen, hätte das furchtbare Unglück, das Deutschland und in der Folge die Welt traf, wenden können.

Die demokratischen Kräfte waren jedoch gespalten und zu unentschlossen, um den entscheidenden Widerstand zu leisten. Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

So wurde es Hitler möglich, unter Anwendung von Gewalt die einstmaligen starken deutschen Gewerkschaften zu zerschlagen. An Stelle der Freien Gewerkschaften, des ADGB und des Afa-Bundes, der Christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft wurde die Zwangsorganisation, die „Deutsche Arbeitsfront“, geschaffen. Sie wurde ein wichtiges Instrument der faschistischen Herrschaft, um die Arbeiter und Angestellten auch geistig zu zerbrechen, sie zu willenlosen Objekten der imperialistischen Machtpolitik Hitlers zu erziehen. Der Faschismus führte Deutschland in die Katastrophe.

Jetzt muß aus einem materiellen und seelischen Trümmerhaufen ein neues, demokratisches, friedfertiges Deutschland erstehen. Das deutsche Volk muß die Kraft aufbringen, alle Schwierigkeiten dieser schweren Zeit zu überwinden, sich gleichzeitig aber befreien von den letzten Resten der Ideologie des Rassenhasses und der imperialistischen Eroberung, die Deutschland ins Unglück stürzte. Aus der Arbeiterklasse müssen diese neuen Kräfte in erster

Linie erwachsen. Die Freien Gewerkschaften werden sich für diese Aufgabe restlos zur Verfügung stellen.

## **I. Grundsätze und Aufgaben der Freien Deutschen Gewerkschaften**

Die Freien Gewerkschaften sind die Massenorganisation der Arbeiter und Angestellten, die sich zur Aufgabe gestellt haben, durch den gemeinsamen Kampf die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten zu verbessern und mitzuhelfen, den demokratischen Einfluß der Werktätigen zu sichern und zu erweitern. Den Freien Gewerkschaften können alle Arbeiter und Angestellte, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Rasse, Partei, Glaubensbekenntnis, Staatsangehörigkeit und Vorbildung, angehören. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß soll die Werktätigen zur Solidarität und zum Klassenbewußtsein erziehen, die geistige Fortbildung der Arbeiterschaft fördern, um diese teilnehmen zu lassen an der neuen demokratischen Kultur. Der Kampf der Freien Gewerkschaften gegen alle faschistischen Ideologien, besonders gegen die „Lebensraum-“ und „Rassenideologie“, soll das deutsche Volk künftig vor einer solchen Katastrophe, in die es bis 1945 gestürzt wurde, bewahren. Durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß soll den Werktätigen ein maßgebender Einfluß in den Selbstverwaltungsorganen und insbesondere in den Organen der Wirtschaft gesichert werden. Die Mitarbeit der Gewerkschaften und Betriebsräte in der Wirtschaft ist erforderlich, um die Aufstellung und Durchführung der Wirtschaftspläne im Interesse des schaffenden Volkes zu beeinflussen. Die Freien Gewerkschaften wollen das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in der Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die leitenden Wirtschaftsorgane.

Die neuen Freien Gewerkschaften sollen einheitliche Gewerkschaften sein, das heißt, alle früheren Gewerkschaftsrichtungen vereinigen. Die Einheit der neuen Freien Gewerkschaften wird gesichert werden durch die demokratische Wahl aller Gewerkschaftsorgane von unten bis oben.

Die innere Einheit der Freien Gewerkschaften beruht auf dem demokratischen Bestimmungsrecht der Mitglieder, auf der aktiven Vertretung der Arbeiter- und Angestellteninteressen und auf der Bekämpfung aller solchen Ideologien, die gegen die Interessen der Arbeiter und des werktätigen Volkes gerichtet sind.

Die neuen Freien Gewerkschaften sollen auf der Grundlage des Industrieprinzips aufgebaut werden.

Die neuen Freien Gewerkschaften können ihre großen Aufgaben nur erfüllen, wenn neben den bewährten Gewerkschaftsfunktionären, die mutig den Kampf gegen den Faschismus geführt und niemals kapituliert haben, jene jungen Gewerkschaftsfunktionäre, die als gute Antifaschisten am Aufbau teilnahmen, in verantwortliche Gewerkschaftsfunktionen gewählt

werden. Neue Kräfte werden vor allem aus den Reihen der Techniker, Ingenieure und kaufmännischen Angestellten gebraucht, damit die Funktionen von Betriebsleitern mit fähigen Antifaschisten besetzt werden.

Die Erfüllung dieser Aufgaben der Freien Gewerkschaften wird dazu beitragen, daß der Einfluß der Arbeiterschaften der neuen demokratischen Ordnung gestärkt und damit der demokratische Neuaufbau Deutschlands gesichert wird.

## 2. Die Säuberung der Betriebe vom Faschismus

Die Voraussetzung für die Durchführung der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Aufgaben ist die Säuberung der Betriebsleitungen und Wirtschaftsorgane von Faschisten und Kriegsinteressenten. Durch die Entfernung der Nazimitglieder und aktiven Förderer des Hitlerkrieges aus der Verwaltung und durch die Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer wurde bereits ein Teil der militaristischen Machtpositionen zerschlagen. In der Industrie sitzen jedoch noch in großer Zahl Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten in den Leitungen der Betriebe. Die Leitungen und Zweigstellen der Konzerne sind noch immer als Organe der großen Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten tätig. Mit den verschiedensten Methoden führen sie gegenwärtig den Kampf, um vom deutschen Imperialismus soviel wie möglich zu retten. Ähnlich wie nach dem ersten Weltkrieg tarnen sie sich und suchen als „Hitlergegner“ ihre Positionen zu halten und Zeit zu gewinnen, damit sie später ihre alte imperialistische Politik fortsetzen können. Die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk mögen nie vergessen, daß die Rüstungsindustriellen, Bankherren und Großgrundbesitzer, die Herren von der Harzburger Front, Hitler zur Macht gebracht haben. Die Konzerne, Kartelle und Unternehmerorganisationen sowie die Großgrundbesitzer waren die Träger der imperialistischen Kriegspolitik.

Deshalb erfordern die Sicherung des Friedens und die demokratische Entwicklung:

- a) Säuberung der Betriebsleitungen von Kriegsverbrechern, Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen und anderen Kriegsinteressenten. Übergang dieser Betriebe an die Landes- bzw. Provinzial- oder Stadtverwaltungen.
- b) Schließung der Großbanken in den Gebieten Deutschlands, in denen sie noch bestehen, und Übernahme der Banktätigkeit durch die Provinzial- und Landesbanken (später Zentralbank) und solche Privatbanken für einzelne Gebiete, die dem Handwerk, Gewerbe und landwirtschaftlichen Genossenschaften dienen.
- c) Liquidierung der Konzerne sowie der Kartell- und Unternehmerorganisationen. Übernahme der Konzernbetriebe, soweit sie nicht den

Besatzungsbehörden unterstehen, durch die Landes- Provinzialverwaltungen oder Stadtverwaltungen.

- d) Überführung der Betriebe von öffentlicher Bedeutung, wie Gas, Wasser, Elektrizität und dergleichen, in die Hände der Stadt-, Gemeinde- oder Provinzialverwaltung.

### 3. Die Aufgaben in der Wirtschaft

Die Freien Gewerkschaften haben, als die Organisation der Arbeiter und Angestellten, eine große Mitverantwortung für den Aufbau der deutschen Wirtschaft. Es hat sich erwiesen, daß nur mit Hilfe der Initiative der Betriebsräte und Gewerkschaften, nur durch die volle Auswertung ihrer großen wirtschaftlichen Kenntnisse die Aufgaben des Neuaufbaus gelöst werden können. Vom vollen Mitbestimmungsrecht der Freien Gewerkschaften und der Betriebsräte ist die Lösung der Verkehrsschwierigkeiten und die bessere Versorgung der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft selbst, abhängig.

Der Wirtschaftsaufbau zur Befriedigung der friedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung wird nur dann dem Volke tatsächlich zugute kommen und nicht der Stärkung großkapitalistischer Kräfte, wenn bewährte Antifaschisten die Leitung in den Selbstverwaltungsorganen haben und das volle Mitbestimmungsrecht der Freien Gewerkschaften und Betriebsräte in den Betrieben und Wirtschaftsorganen gesichert ist.

Die erste Aufgabe der Freien Gewerkschaften in der Wirtschaft ist die aktive Mitarbeit zur Vorbereitung und Durchführung des Wirtschaftsplanes für 1946. Damit im Zusammenhang gilt es, das Mitbestimmungsrecht zu erweitern und die Lebensverhältnisse des schaffenden Volkes zu verbessern. Als nächste Maßnahmen sind notwendig:

1. In den privatkapitalistischen Unternehmungen dafür zu sorgen, daß solche Waren produziert werden, die vordringlich für den Aufbau der Wirtschaft, für die Versorgung der Bauernwirtschaften und für die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind.
2. In den Betrieben, die als Betriebe früherer Nazis und Kriegsinteressenten in die Hände der Landes- oder Stadtverwaltung übergegangen sind, sind alle technischen und arbeitsorganisatorischen Maßnahmen zu treffen, um die Produktion zu steigern.
3. In allen Betrieben ist sicherzustellen, daß die Betriebsräte bei der Festlegung der Produktionsaufgaben, bei Verhandlungen mit den Selbstverwaltungsorganen wie bei der Regelung der Arbeitsbedingungen das volle Mitbestimmungsrecht haben.
4. Die Freien Gewerkschaften entsenden Funktionäre in die Wirtschaftsabteilungen bei den Landes- und Stadtverwaltungen und in die Industrie-



und Handelskammern. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Funktionäre für die Aufgaben in der Wirtschaft zu schulen.

#### 4. Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen erfordert die demokratische Gestaltung des Arbeitsrechts. Nachdem der Faschismus das Tarifwesen zerschlagen hat, ist es die Aufgabe des Freien Gewerkschaftsbundes, den kollektiven Arbeitsvertrag, das Tarifvertragsrecht der Gewerkschaften und das Arbeitsrecht auf folgender Grundlage zu sichern:

- a) Koalitionsrecht für alle Arbeiter und Angestellten.
- b) Volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte bei den Produktionsaufgaben.
- c) Vertretung der Arbeiterinteressen durch Abschluß von Kollektivverträgen durch die Gewerkschaften, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen bestimmt werden.
- d) Kollektive Vertretung der Arbeiter und Angestellten durch die Betriebsräte und Betriebsgewerkschaftsleitungen.
- e) In Betrieben, wo noch keine Kollektivverträge bestehen, ist es Aufgabe der Betriebsräte und der Gewerkschaften, die Lohn- und Arbeitsbedingungen betrieblich zu vereinbaren.
- f) In den Tarifverträgen ist eine Arbeitszeit von 8 Stunden pro Tag und 48 Stunden in der Woche festzusetzen.

Die Leistung freiwilliger Überarbeit kann nur erfolgen, wenn die Gewerkschaftsleitung im Betrieb und der Betriebsrat die Zustimmung geben.

In der Regel soll die Belegschaft selbst beschließen, für welchen Zweck sie eine bestimmte Anzahl Überstunden zur Verfügung stellt.

- g) Die Festlegung der Lohnbedingungen soll von dem Grundsatz ausgehen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Der Akkordlohn soll sich auf den garantierten Stundenlohn als Grundlohn aufbauen. Es ist eine Vereinbarung des Akkordlohnes herbeizuführen. Zur Regelung der Akkordsätze werden in den Betriebsabteilungen Akkordkommissionen gebildet.
- h) Zur Schlichtung und Entscheidung aller aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitfälle zwischen Unternehmern und Arbeitern bzw. Angestellten sollen Arbeitsgerichte geschaffen werden. Sie sollen auch über Einzelsprüche aus der Sozialversicherung entscheiden. Die Arbeitsgerichte sollen keine Beziehungen zu den Organen der staatlichen Justiz haben, sondern den Abteilungen für Arbeit der Selbstverwaltungsorgane unterstehen.
- i) Zur Hilfe der Werktätigen bei Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität

treten die Freien Gewerkschaften für die Schaffung einheitlicher Versicherungsanstalten auf demokratischer Grundlage ein.

Zur einheitlichen Gestaltung der Kranken-, Unfall-, Alters-, Invalidenversicherung für alle Werktätigen wird zweckmäßig ein Vorstand für Sozialversicherung geschaffen, der sich zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten und einem Drittel, aus Vertretern der Industrie- und Handelskammern zusammensetzt.

## **5. Schulungs- und Kulturaufgaben der Freien Gewerkschaften**

Die Freien Gewerkschaften haben die große Aufgabe, den Arbeitern zu helfen, das Wesen des Nazismus zu erkennen, um die Naziideologie, besonders die sogenannte „Lebensraumtheorie“, zu überwinden.

Die Gewerkschaftsfunktionäre können ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie sich das geistige Rüstzeug erwerben, das sie befähigt, die gesellschaftliche Entwicklung richtig einzuschätzen und den weiteren Gang der Entwicklung vorauszusehen.

Ebenso sollen die großen Erfahrungen der Gewerkschaften der demokratischen Länder den Mitgliedern übermittelt werden.

Die Schulung der Gewerkschaftsmitglieder ist um so wichtiger, weil die faschistische Propaganda an die Einflüsse der bürgerlichen Wirtschaftslehren in der Arbeiterklasse anknüpfen konnte. Es ist die Pflicht des FDGB, dafür zu sorgen, daß eine umfassende und gründliche Berufsausbildung erfolgt.

Für die Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter sollen künstlerische Veranstaltungen organisiert werden, die die Arbeiter mit den großen Kulturgütern Deutschlands und der Welt vertraut machen.

So werden die Freien Gewerkschaften mithelfen, daß aus der deutschen Arbeiterschaft Männer hervorgehen, die fähig sind in den führenden Funktionen in der Arbeiterbewegung in Wirtschaft und Staat die Probleme des neuen demokratischen Deutschlands zu lösen.

## **6. Für die Einheit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes**

*Gegenwärtig ist die Entwicklung der Freien Gewerkschaften in den verschiedenen Besatzungszonen eine ungleichmäßige. Im Interesse der Einheit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes erstreben wir eine Konferenz demokratisch gewählter Gewerkschaftsvertreter aus allen Gebieten Deutschlands.*

*Die Organisation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in dem sowjetisch besetzten Gebiet begrüßt die Beschlüsse des Weltgewerkschaftskongresses und verpflichtet sich, alles zu tun, im Sinne dieser Beschlüsse*

---

zu handeln. Die Organisationen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßen insbesondere den Beschluß des Weltgewerkschaftskongresses, eine Kommission zum Studium der Lage der Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung nach Deutschland zu entsenden.

Die deutschen Freien Gewerkschaften verpflichten sich, ihre Arbeit so zu führen, daß sie das Vertrauen der organisierten Arbeiter der Welt gewinnen und in die Reihen des Weltgewerkschaftsbundes aufgenommen werden.

**Bernhard Göring**

# A u f r u f

## des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin

Die Tyrannei des Hitler-Faschismus ist durch die verbündeten Armeen zerschlagen. Mollionen Toter und Verwundeter, zerstörte Städte, vernichtetes Eigentum, Witwen und Waisen klagen an. Furchtbar hat Hitler sein großsprecherisches Wort wahrgemacht, das er bei seiner Machtergreifung verkündete: „Gebt mir zehn Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht mehr wiedererkennen“. Durch seine barbarische Rassenlehre und den Vernichtungsfeldzug gegen andere Völker hat Hitler die eigene Nation geschändet.

Der Weg zum Abgrund begann schon vor 1933. Die demokratischen Kräfte waren gespalten und zu unentschlossen, um entscheidenden Widerstand zu leisten. Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Hitler kam zu ungehemmter Macht.

Mord und Versklavung im Innern war der Anfang. Zur ungehinderten Durchführung seiner verbrecherischen Pläne zerschlug er die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften. Aus dem geraubten Hab und Gut schufen die Faschisten die Deutsche Arbeitsfront, das Instrument zur Versklavung der Arbeiterschaft und zur Vorbereitung ihres Raubkrieges. Nutznießer der Volksnot und Abenteuer standen an der Spitze.

Dann begann der Eroberungskrieg, der Vernichtungsfeldzug gegen die anderen Völker. Rüstungsindustrielle, Großgrundbesitzer und sonstige Militaristen verbündeten sich mit Hitler und seiner verbrecherischen Clique und opferten kaltblütig das deutsche Volk ihrem Machthunger. Hitler befahl die Ausradierung fremder Städte: Warschau, Rotterdam, London und Stalingrad wurden zerstört.

Das härteste Schicksal bereitete er den sklavischen Völkern. Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Völker wurden versklavt.

Wohin immer die Horden seiner SS und Sonderkommandos kamen, hatten sie Blut und Tränen, Hunger und Tod im Gefolge. Und die deutsche Armee, von nur allzu vielen verantwortungslosen und ehrgeizigen Generalen geführt, war ebenso willenloses Werkzeug für Hitlers Schandtaten.

Nach Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften fanden sich Männer zusammen, die aktiv am Kampf gegen den Hitler-Faschismus teilnahmen. Viele von ihnen sind den Henkern der Gestapo zum Opfer gefallen. Auch unter den Freiheitskämpfern des 20. Juli 1944, die das Hitlertum zu stürzen versuchten, waren verantwortliche Männer der früheren Gewerkschaften beteiligt. Nur wenige von ihnen entgingen dem Strang.

Dem Kampf der aktiven antifaschistischen Gruppen in Deutschland blieb der Erfolg versagt. So mußten die verbündeten Armeen den opferreichen Kampf für die Befreiung Deutschlands von der Herrschaft der faschistischen Kriegsbrandstifter mit ihren Kräften führen. Erst mit der Eroberung Berlins durch die Rote Armee fand Hitler sein schmachvolles Ende. Nun können wir uns selbst überzeugen, daß die Vereinten Nationen den Krieg nicht zur Vernichtung des deutschen Volkes geführt haben.

Nach dem Einzug der Roten Armee in Berlin wurde mit Genehmigung des Stadtkommandanten eine zivile Verwaltung auf der Grundlage der Einheit aller antifaschistischen demokratischen Kräfte erreicht.

Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und zur Wiederherstellung des normalen Lebens sind in Angriff genommen. Der Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration gibt den Arbeitern und Angestellten das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften.

Damit ist der von den Arbeitern und Angestellten lang ersehnte Zeitpunkt gekommen, sich wieder gewerkschaftlich zu organisieren.

Die Unterzeichneten haben einen Ausschuß zum Wiederaufbau freier, demokratischer Gewerkschaften für Groß-Berlin gebildet. Wir sind überzeugt, dem Willen der Berliner Arbeiterschaft Ausdruck zu geben, wenn wir erklären:

Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechts der Arbeiter und Angestellten werden. Ihre Aufgabe ist vor allem mitzuhelfen bei der Neugeburt unseres Volkes und bei der Heilung der Wunden, die der unselige Hitler-Krieg der Welt geschlagen hat. Die Arbeit deutschen Gewerkschaften soll Gewähr sein für die Wiedererweckung des Vertrauens der Völker. Sie sollen mithelfen, ein demokratisches Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern leben will, zu schaffen. Durch ehrliche und angestrenzte Arbeit am Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung des in anderen Ländern Zerstörten wolle sie mitwirken, das Vertrauen der anderen Völker wieder zu gewinnen.

Der Ausschuß wird die gewerkschaftlichen Grundsätze aufarbeiten und sie mit dem internationalen Gewerkschaftskomitee in Übereinstimmung bringen. Wir schlagen den Arbeitern und Angestellten Berlins vor,

ihre Meinung zu folgenden Erstaufgaben der freien Gewerkschaften zu äußern:

1. Entschlossener Kampf gegen die nazistische Ideologie und das Gift des deutschen Militarismus. Darum Säuberung aller Posten in Stadtverwaltung und Betrieben von aktiven faschistischen Elementen.

2. Einsatz aller Arbeitskräfte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Berlin durch angestrenzte Arbeit wieder aufzubauen. Rasch möglichste Wiederingansetzung der Versorgungsbetriebe und Werkstätten, der Energieversorgung und der Verkehrsmittel von Groß-Berlin.

3. Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Bestimmungen der Besatzungsbehörden durch Abschlüsse von Tarifverträgen und Organisierung des Arbeitsschutzes und des Arbeitseinsatzes, Mitarbeit beim Wiederaufbau der Wirtschaft und der Sozialversicherung unter Sicherung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten.

4. Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Antifaschismus des demokratischen Fortschritts und zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage, Pflege der Verbundenheit mit den Arbeitern der anderen Länder und Festigung der Freundschaft zu den anderen Völkern.

Arbeiter und Angestellte!

Die Nazi-Tyrannie ist tot! An uns liegt es jetzt, trotz aller Schwierigkeiten Hand anzulegen zum Neuaufbau. Wieder wie nach 1918, liegt das Schicksal der Heimat in unserer Hand. Wir dürfen diesmal nicht versagen.

Beweisen wir der Welt, daß die geeinte Arbeiterschaft, durch die Vergangenheit belehrt, sich ihrer besten gewerkschaftlichen Tradition bewußt, gewillt ist, ein antifaschistisches Bollwerk zu schaffen; daß sie entschlossen ist, sich mit ganzer Kraft einzusetzen für die Schaffung eines demokratischen Deutschlands, für ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern.

Berlin, den 15. Juni 1945

## Der vorbereitende Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin

Otto Braß  
Bernhard Göring

Hermann Schlimme  
Paul Walter

Roman Chwalek  
Ernst Lemmer

Jakob Kaiser  
Hans Jendretzky

---

---

## **Jahresbericht von Bernhard Göring, Vertreter des FDGB Groß-Berlin auf dem 1. FDGB Kongress**

(Aus dem Protokoll des 1. FDGB Kongress 1946 in Berlin)

**Vorsitzender Jendretzky:** Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren in der Tagesordnung fort. Bevor ich aber dem nächsten Berichterstatter das Wort gebe, wird der Vereinigte Männerchor Groß-Berlins zwei alte Kampflieder der Arbeiterbewegung zu Gehör bringen (Beifall). Die Sänger haben uns ein Begrüßungsschreiben für die Konferenz überwiesen, in dem es heißt: „Wir ehemaligen Arbeitersänger, die wir uns heute mit vielen anderen Sangesbrüdern in den Chorgruppen der Berliner Bezirke zusammengefunden haben, begrüßen die allgemeine Berliner Delegiertenkonferenz für die sowjetische Besatzungszone. Als Gewerkschaftler erwarten wir von dieser Konferenz, daß sie das schaffende deutsche Volk einen erheblichen Schritt weiterbringen möge auf dem Wege zur organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse, die wir als unbedingte Notwendigkeit für den Wiederaufbau Deutschlands betrachten.“

Die Bezirksgruppen der Berliner Männerchöre  
beim Volksbildungsamt Neues Leben.“

Darauf trägt der Chor die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Lieder vor.

**Vorsitzender Jendretzky:** Im Namen der Delegierten möchte ich den Arbeitersängern für ihre Ermutigung, die ein Ansporn für die Konferenz sein wird, danken.

Wir fahren in der Tagungsordnung fort.

Als wichtige Mitteilung ist noch zu machen, daß die Vorschläge für den zu wählenden Vorstand beim Vorsitzenden des Wahlausschusses, Kollegen Baum, Zimmer 6, abgegeben werden müssen.

Nunmehr hat das Wort der Kollege Bernhard Göring.

Kolleginnen und Kollegen!

So wie wir in diesem Augenblick unter dem Eindruck der machtvollen Lieder stehen, die uns soeben vorgetragen sind, so steht die Berliner Öffentlichkeit noch im Banne der am vergangenen Sonnabend und Sonntag stattgefundenen Tagung der Berliner Freien Gewerkschaften. Freunde und Kritiker sind von dem auf dieser Konferenz ausstrahlenden Willen zur Einheit und Stärke beeindruckt worden.

So treten die Delegierten der Provinzen und Länder des sowjetischen Gebiets in einer Atmosphäre zusammen, die - das darf ich von Berlin ohne Anmaßung sagen - gut vorbereitet ist. Wenn ich in meinen Schlußworten vor acht Tagen von der Leistungsschau der Arbeit sprach und damit die Bedeutung der Tätigkeit der Gewerkschaften für den Großraum Berlin unterstrich, so trifft das in erhöhtem Maße für die heutigen und morgigen Beratungen zu. In richtiger Erkenntnis der notwendigen Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Sowjetgebiet mit der Berliner Organisation ist uns dank des Beschlusses des Organisationsausschusses Gelegenheit gegeben, dieser Tagung als Gastdelegierte beizuwohnen. Berlin, mehr als ein Jahrhundert der Mittelpunkt wirtschaftlichen, sozialen und auch kulturellen Lebens der deutschen Länder und Provinzen, steht heute in seiner Stellung zu Ost und West vor der Problematik künftigen Geschehens. Das gilt auch für den Aufbau und die Aufgaben der Freien Gewerkschaften. Es ist deshalb kein Zufall, daß die Arbeit, die hier bisher geleistet worden ist, Männern und Frauen übertragen war, die über den Rahmen dieser Stadt hinaus für das gewerkschaftliche Leben Deutschlands Geltung besitzen. Die Wahlen des vorigen Sonnabends haben diesen Gewerkschaftsfunktionären die Verantwortung für die richtige Lenkung der Berliner Arbeiten innerhalb der Gewerkschaften für das kommende Jahr übertragen. Damit aber gehört es zu unserer Aufgabe, nunmehr bei der gewerkschaftlichen Aufbauarbeit mitzuwirken, die in den östlichen Gebieten des Reiches erfolgt, und mit dabei zu sein, wenn die dringend notwendige Fühlungnahme mit unseren Gewerkschaftsfreunden im Süden, Westen und Norden vor sich geht (sehr gut!). Ich glaube, daß es kaum eine bessere Begründung für die Notwendigkeit der Teilnahme unserer Berliner Funktionäre an dieser Delegiertenkonferenz als Gäste gibt, als das von mir soeben zum Ausdruck Gebrachte.

Wir wissen, daß die Wiedererrichtung der Freien Gewerkschaften auch von der Föderation der Internationalen Gewerkschaftsbewegung als erforderlich angesehen wird. Es wurde bereits von den Vorrednern, auch von dem Kollegen Jendretzky, darauf hingewiesen, daß wir am Anfang der Woche Gelegenheit hatten, mit Vertretern der Föderation Fühlung zu nehmen. Wir sind davon überzeugt, daß wir in unserem Bemühen, die ersten Bausteine für eine große gewerkschaftliche Organisation im Reichsmaßstabe zu errichten, nicht im Widerspruch stehen zur Weltgewerkschaftsföderation. Ich unterstreiche daher das, was bereits von dem Kollegen Jendretzky angeführt wurde, jenen Hinweis auf die Ausführungen Walter Citrines, der nicht ohne Besinnung und ohne weise Erkenntnis davon sprach, daß Deutschland einmal Bollwerk der gewerkschaftspolitischen Arbeit gewesen ist. Wir sind uns darüber klar, daß nur eine einheitliche, starke Gewerkschaftsbewegung imstande ist, die Erwartungen zu erfüllen, die die Welt mit Recht auf uns setzt. Die Teilnahme der Berliner Gewerkschaftler wird dazu beitragen,

diesen Weg zu ebnen und alles zu tun, was für einen einheitlichen Aufbau und für eine gleiche Zielsetzung der deutschen Gewerkschaftsbewegung erforderlich ist.

In diesem Sinne gilt die heutige Tagung dem Erfahrungs- und Gedankenaustausch. Es wird festzustellen sein, wie die einzelnen hier vertretenen Gebiete bisher ihre innerorganisatorische Arbeit geleistet haben und welche Aufgaben von ihnen schon jetzt gelöst werden können, welche anderen Aufgaben, besonders im Hinblick auf die grundsätzlichen Ausführungen Jendretzkys, für die Zukunft zu lösen sind.

Ich spreche für Berlin. Wir haben in Berlin unsere innerorganisatorische Arbeit nach einem Plan durchgeführt, der vorher, soweit der Aufbau des Bundes und der Verbände in Frage kam, ernsthaft durchdacht und ausgearbeitet worden ist. Dabei waren wir uns durchaus der Tatsache bewußt, daß vorerst auch hier improvisiert werden mußte. Daß diese vorbereitende Arbeit nicht schlecht war, ergibt die Tatsache, daß in den östlichen Provinzen des Reiches der Aufbau der Berliner Gewerkschaften zu einem Teil übernommen wurde. Im Gegensatz zu Gewerkschaftskreisen im westlichen Sektor standen wir dabei auf dem Standpunkt: es gilt vorerst einmal die vorhandenen Kräfte zu sammeln, die Zehntausende, ja Hunderttausende von Männern und Frauen, die auf den Augenblick warteten, sich gewerkschaftlich wieder betätigen zu können, zusammenzufassen. Mitten im Zusammenbruch galt es, die zum Wiederaufbau bereiten Kräfte zu ordnen. Das war nur möglich, wenn von einer zentralen Stelle ein starker Impuls ausstrahlte, um diese aufnahmefähigen Bevölkerungsschichten zu organisieren. Die Arbeiter in den Betrieben mußten zur Mitarbeit und zur Verantwortung herangezogen werden. Den eben neuentstehenden Behörden, aber auch den alliierten Kommandostellen mußten Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Vergessen wir nicht, wie leicht in unserer kurzlebigen Zeit die Erinnerungen ausgelöscht werden!

Berlin war ein materieller und geistiger Trümmerhaufen. Es drohten chaotische Zustände. Die Seuchengefahr stand vor der Tür. Hunderttausende der Berliner schienen der Lethargie verfallen. Wohin wären wir gekommen, wenn wir in dieser Stadt abgewartet hätten, daß irgendwo eine kleine Gruppe oder Einzelpersonlichkeiten sich zusammenschlossen, um sich dann vom Klein- oder Mittelbetrieb her, der damals noch nicht immer in Betrieb war, zu organisieren und weiter zu koordinieren! Unser Weg von oben nach unten entsprach der Notwendigkeit des Augenblicks (sehr richtig!), und er war richtig; denn heute sind wir so weit, daß man von einer gewerkschaftlichen Organisation in Berlin sprechen kann, daß diese gewerkschaftliche Organisation und die geschaffenen Verbände auf festem Fuß stehen, daß zwischen diesen Verbänden und der Gewerkschaftsleitung über das Aufgabengebiet entsprechende Vereinbarungen festgelegt werden können. Heute



können wir, legitimiert durch ordentliche Wahlen, den Aufbau der Verbände ebenfalls auf Grund demokratischer Wahlen vornehmen. Heute können wir diesen Verbänden die erforderliche Selbständigkeit geben, und jetzt werden zwischen den Verbänden und der Gewerkschaftsleitung die Vereinbarungen getroffen, die den weiteren Aufbau und Ausbau unserer Organisationen gewährleisten.

Die Träger des Aufbaus bis zu diesem Zeitpunkt waren verantwortliche Funktionäre der alten Gewerkschaftsbewegung, die gemeinsam mit den aktiven Kräften, die uns zuströmten, diese Aufbauarbeit geleistet haben. Das gilt nicht nur hier für Berlin, sondern das gilt - aus den bisherigen Berichten klang es bereits heraus - auch für den Aufbau der Organisationen in dem Gebiet der sowjetrussischen Zone.

Damit muß ich allerdings in einigen Sätzen zu dem Stellung nehmen, was mein Freund Jendretzky hier eben über die alten Gewerkschaften in seiner bekannten, vornehm stilisierten Weise gesagt hat.

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Anfang unserer Arbeit ausgesprochen, daß wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt haben und daß diese Erfahrungen uns zu der Erkenntnis geführt haben, daß Fehler, wie sie begangen worden sind, nicht mehr begangen werden sollen und nicht mehr begangen werden (lebhafter Beifall). Wenn aber diese Erkenntnis uns allen zu eigen geworden ist, dann bin ich der Auffassung, daß man nun für die Zukunft endlich nicht mehr von den Sünden der Vergangenheit spricht (lebhafter Beifall. - Jendretzky: Generalabsolution!).

Generalabsolution! Ich quittiere das und nehme davon Kenntnis. (Zuruf: Es darf aber nicht wiederkommen!) Das sagte ich. Und darin, daß wir, jung und alt, zu einem neuen Willen zusammengeschweißt werden, liegt in der Tat die Garantie, daß es nicht wieder so kommen wird, wie es war. Diese Erkenntnis hat jeder, der sich bereit erklärt hat, an diesem Neuaufbau mitzuwirken; und - so möchte ich hinzusetzen - wer das nicht aufrichtigen Willens tut, gehört allerdings dann nicht in die neue gemeinsame Arbeit hinein. (stürmischer Beifall).

Ich stelle fest, daß wir erfreulicherweise einer Auffassung sind und wie kann es anders sein! Sitzen doch in diesem Saal und in dem Präsidium Männer, die diesen Gedanken oft und in wochen- und monatelangen Besprechungen auch in den KZs gepflegt haben! Ist das doch mit ein Glied in der Kette zu unserer Einheit, die niemand wieder zerbrechen kann.

Nur so, Kolleginnen und Kollegen, werden wir auch jener anderen Stimmung begegnen können, die uns von einer anderen Seite entgegenklingt. Wir haben gelesen und haben es in uns aufgenommen, daß man der Meinung ist, daß hier in Berlin und im östlichen Sektor alte, müde, zerschlagene, verkalkte Männer an der Arbeit sind, um aufzubauen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer das glaubt, ist auf dem Holzwege (sehr richtig!). Ich

glaube, daß diese Versammlung, und daß die Kameraden, die hinter mir sitzen, Beweis genug dafür sind, daß in uns die Kraft ist, um die Verantwortung für den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften und damit für den Wiederaufbau des Reiches zu tragen.

Berlin hat 300.000 Mitglieder. Wir hoffen, recht bald - nicht zuletzt durch die großen Tagungen, die uns jetzt befruchtet haben - ein weiteres 100.000 organisieren zu können. Das hängt allerdings nicht nur von der Tüchtigkeit unserer Funktionäre ab, nicht nur von dem Willen der Berufstätigen, sich ihren Verbänden wieder anzuschließen, sondern auch vor allem davon, daß es gelingt, die Berliner Wirtschaft wieder aufzubauen und damit den Werktätigen Beschäftigung zu geben.

Berlin kann keine Oase bleiben. Deshalb ist es nur zu verständlich, daß wir unsere Hände überall hinreichen, wo sie uns entgegengestreckt werden, um uns bei diesem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu helfen. Deshalb unser Sehnen und unsere Kraftanstrengung, diesen Rahmen Berlin zu sprengen und zusammenzukommen mit den Männern, die im Norden und Westen an der gleichen Aufgabe zu zimmern haben. (Beifall).

Wir haben in Berlin alles daran gesetzt, die Betriebe zu entrümpeln, materiell und geistig, um so schnell wie möglich damit zu produktiver Arbeit zu kommen. Wir haben unsere Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, im Ernteeinsatz zu helfen, wir haben in Werkstätten, kleinen und großen Fabriken vorerst Sensen, Hacken und andere landwirtschaftliche Geräte gefertigt. Wir haben für den Winter Kochherde und Öfen gebaut. Wir haben Verkehr und Versorgung in Ordnung gebracht, und heute ist Berlin wieder eine helle Stadt (Bravo).

Wir haben so geschafft, daß in Berlin wieder ordentliche Verhältnisse sind, daß die Alliierten Kommandanturen, daß die zentralen Behörden der alliierten Besatzungsarmeen hier ihren Aufenthalt haben nehmen können, und - das lassen Sie mich in diesem Zusammenhang sagen - wir sind dankbar dafür, daß sie zu uns gekommen sind.

Wir bemühen uns, durch Arbeitsleistung und durch guten Willen ein Vertrauensverhältnis zu schaffen zu allen vier Besatzungsmächten. Wir haben für den Wiederaufbau der Wirtschaft Vorschläge gemacht. Gewerkschaftsvertreter verhandelten mit den zuständigen Stellen des Magistrats Berlin und den inzwischen geschaffenen Zentralverwaltungen.

Im Vordergrund unserer Handlungen stand und steht die Verpflichtung, den deutschen Arbeitern das Recht auf Arbeit, auf Löhne und Gehälter, die dem mittleren europäischen Lebensstandard entsprechen, den Schutz der Arbeitskraft, die Sicherung bei allen Wechselfällen des Lebens und die maßgebliche Mitwirkung in der Wirtschaft und dem sozialen Sektor zu gewährleisten.

Wir haben uns nicht nur zur Lösung der wirtschaftlichen Erstaufgaben zur

Verfügung gestellt. Unsere Arbeit galt auch der Wiederherstellung gesunder sozialer Verhältnisse. Wir sind dafür eingetreten, daß bis zum Abschluß neuer Tarifverträge die Arbeiter und Angestellten nach den bis dahin vorhandenen Tarifverträgen entlohnt werden. Wir sind dabei, eine Mustertarifordnung im Einvernehmen mit unseren Verbandsvorständen auszuarbeiten. Wir bemühen uns um die Neugestaltung des Arbeitsrechts, den Wiederaufbau des Gewerbeschutzes und der Verbesserung und Durchführung der Unfallschutzgesetzgebung. Wir wissen, daß gerade diese Arbeit auf dem Gebiet der Unfallverhütung, des Gewerbeschutzes ein dringendes Erfordernis ist, und daß nicht nur die zuständigen Behörden, sondern daß wir alle selbst, die Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung, auf den Arbeiterschutz Obacht geben müssen. Wir haben dafür zu sorgen, daß mit der Arbeitskraft und mit der Gesundheit des einzelnen sorgsamst umgegangen wird. Denn die wenigen Gesunden, möchte ich beinahe formulieren, unter uns haben für Jahrzehnte die Verpflichtung, für die mitzuschaffen, die der Krieg uns an Krüppeln und Kranken, an Witwen und Waisen hinterlassen hat.

Wir treten ein für die gleiche Behandlung der Frauen, vornehmlich im Arbeitsprozeß. Gleiche Löhne für gleiche Leistung! Die Feststellungen, die bereits meine Kollegen aus der Provinz und dem Lande Sachsen hier getroffen haben, sind ein Beweis für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

Unser Augenmerk ist weiter gerichtet auf die Schulung der Jugend und damit auf den Jugendschutz. Eine sachgemäße Berufsausbildung wird von uns gefordert. Wir setzen uns ein für die Ausgestaltung entsprechender Verordnungen. Und wenn ich auf die Jugendarbeit hinweise - und das gilt sowohl für Berlin wie für die anderen Bezirke und Zonen -, dann weise ich damit auf eine unserer wichtigsten Aufgaben hin. Wir haben aus den Berichten der Kommissionen, die die Berufsschulen besucht haben, mit Erschrecken festgestellt, welch ein Fazit da für die Jugend zu ziehen ist nach der zwölfjährigen Hitlerperiode. Wir sehen, wie hier 14-, 15-, 16jährige junge Menschen in einer geistigen Entwicklung stehen, die der von 6-, 7-, 8jährigen Jugendlichen entspricht, und wir wissen auf der anderen Seite, daß, wenn Deutschland wieder gesunden soll, wenn die deutsche Arbeiterklasse wieder zur Weltgeltung in der Föderation kommen soll, wir die deutschen Arbeiter auch wieder dahin bringen müssen, daß sie imstande sind, den Nachweis zu erbringen, daß in Deutschland Qualitätsarbeit geleistet wird. Und dazu gehört sorgsamste Ausbildung unserer Jugend in geistiger wie in beruflicher Richtung.

Dazu gehört auch, daß wir im besten Einvernehmen mit unserer Lehrerorganisation arbeiten. Auch uns sind, wie im Lande Sachsen, die Lehrer als Organisation angeschlossen. Es tat mir etwas weh, als hier vorhin so restlos

und 100prozentig der Stab über die Lehrer gebrochen worden ist. Kolleginnen und Kollegen! So, wie in jedem andern Berufskreis, bei den Metallarbeitern, Bauarbeitern usw., in der zwölfjährigen Hitlerzeit, in der Kriegszeit, so oder so gearbeitet worden ist, so gibt es, Gott sei Dank, auch bei den Lehrern noch Tausende, die ebenso wie wir auf den Augenblick der Befreiung gewartet haben. (Beifall). Und mit denen müssen wir zusammenarbeiten. Denn sie gerade sollen uns helfen, junge Lehrer heranzuziehen. Sie sollen die Lehrer der Jugend sein, die unsere Kinder wieder geistig zu führen haben.

In Berlin - und das ist kein schlechtes Zeichen - sind die jetzt tätigen Lehrer, nachdem wir vorher gesäubert haben, zu mehr als 80 Prozent freigewerkschaftlich organisiert. Und damit gaben sie uns die Möglichkeit, auf die Lehrer in dem Sinne einzuwirken wie wir es für erforderlich halten. (Zuruf: Und wie steht es mit der politischen Haltung?) Ich sagte ja: Wir haben vorher bereinigt. Das verlangen wir auch von Euch in den anderen Zonen, und wir hoffen, daß wir bei solcher Bereinigungsarbeit unterstützt werden.

Aber ich denke, wir wollen damit die Lehrer verlassen, denn wenn wir uns noch länger damit beschäftigen, kommen wir auf ihr Spezialgebiet, und dabei kommen wir vielleicht unter den Schlitten.

Ich gehe über zu unserer anderen Arbeit. Wir führten Verhandlungen über die Wiedererrichtung der Arbeitsgerichte und des Landesgerichtes Berlin. In unseren Fachabteilungen haben wir Entwürfe für ein neues Betriebsrätegesetz und ein neues Arbeitsgerichtsgesetz fertiggestellt. Den Mitgliedern unserer Organisation und darüber hinaus der gesamten werktätigen Bevölkerung stellen wir eine sachkundige Rechtsberatung zur Verfügung durch Errichtung von Beratungsstellen in den 20 Verwaltungsbezirken Berlins. Es sind die Vorläufer der künftigen Arbeitersekretariate.

Wir haben Material für die Schulung unserer Gewerkschaftsfunktionäre herausgebracht. Es erschienen neun Schulungshefte und eine Massenschrift. Wir bemühen uns um die Heranbildung fähiger Schulungsleiter und Referenten und stellen diesen entsprechendes Material zur Verfügung. Der Schulung der Betriebsräte widmen wir unsere besondere Aufmerksamkeit. In Verhandlungen mit den zuständigen Stellen haben wir darauf hingewirkt, daß den Berliner Arbeitern die Möglichkeit des verbilligten Besuches von Theatervorführungen gesichert wird. Wir werden auf diesem Wege der starken Anteilnahme der Arbeiterschaft am kulturellen Leben in Berlin fortschreiten.

Wir wissen, daß es hier noch unendlich viel Arbeit zu leisten gilt, und wir werden deshalb in Studienkommissionen und in anderen Zirkeln dafür sorgen, daß der Berliner Arbeiter auch zur geistigen Arbeit nicht nur verpflichtet, sondern in ständig steigendem Maße interessiert wird. Das gilt

namentlich auch für die Probleme, die wir heute hier vom Vorstandstisch aus erörtern, und die mitten hineingestellt werden müssen in die Aussprachen der Arbeiter und der Angestellten in den Betrieben.

Im Mittelpunkt unserer sozialpolitischen Arbeit stand die Wiedererrichtung der Sozialversicherung. Hier haben wir die alten Grundsätze unserer Gewerkschaften auf Vereinheitlichung der Sozialversicherung durchgesetzt. Wir fordern darüber hinaus eine maßgebliche Mitwirkung der Versicherten, vertreten durch die Gewerkschaften, wobei uns nach wie vor als Endziel die Selbstverwaltung der Versicherung durch die Arbeiterschaft vorschwebt.

Hier muß ich mich zusammennehmen, denn wollte ich jetzt auf das Spezialgebiet der Sozialversicherung zu sprechen kommen - und das liegt mir etwas nahe -, dann würde ich Ihre Aufmerksamkeit zu lange in Anspruch nehmen müssen. Aber das eine lassen Sie mich sagen: Daß es möglich war, in Berlin, in diesem zerschlagenen Berlin schon einige Monate nach der Besetzung wieder Kranke und Bedürftige zu betreuen, wieder Ärzte und Medikamente zur Verfügung zu stellen, das verdanken wir nicht nur der Unterstützung der alliierten Regierungen, damals der Unterstützung der Regierung der Sowjetunion, sondern das verdanken wir auch in erster Linie der Tatkraft der Berliner Arbeiter, die nicht lange diskutiert haben, sondern angepackt haben, die nicht gefragt haben: warum sollen wir Beitrag entrichten, sondern die diese 10 Prozent Abzug von ihrem Lohn in Kauf nehmen, weil sie wußten: es muß wieder Ordnung auf dem Gebiete der Sozialversicherung geschaffen werden.

Und wenn wir vom 1. November des vergangenen Jahres ab, den Berliner Altrentnern, den Invaliden und den Alten, wieder eine Rente zur Verfügung stellen können, so ist das eine Leistung praktischer Solidarität der in Berlin Beschäftigten, und wir sind stolz darauf, daß es uns möglich war, ein solches Werk zu schaffen und eine Versicherungsanstalt Berlin aufzubauen, von der wir hoffen, daß sie sowohl für das sowjetisch besetzte Gebiet wie auch, wenn es möglich ist, für die Zonen im Westen und Norden und Süden unseres Reiches die Grundlage bildet.

Weiter wurde von uns die Frage der Arbeitszeit diskutiert. Heute gehören diese Diskussionen fast zu den Reminiszenzen. Aber als wir mit den Gewerkschaftlern darüber zu beraten hatten, ob wir acht Stunden oder angesichts der Notwendigkeit der Entrümpelung und der Sicherung des Wiederaufbaus dieser Stadt länger arbeiten sollten, da waren wir uns auch mit den Verbandsvorständen darüber klar, daß vorerst einmal in Wirklichkeit eine längere als die achtstündige Arbeitszeit geschaffen werden mußte. Wir haben das beschlossen und haben ohne Widerspruch die notwendige Arbeit geleistet. Und nachdem das Werk vollbracht war, so möchte ich formulieren, sind wir unserer alten Forderung getreu auch in den Leitsätzen,

die der Berliner Konferenz vorlagen und die auf dieser Konferenz vorliegen werden, wieder bereit und verpflichtet, dafür einzutreten, daß acht Stunden am Tage gearbeitet wird. Wir begrüßen es dankbar, daß inzwischen eine Verfügung der Alliierten Kommandantur ergangen ist, wonach der achtstündige Arbeitstag in Deutschland vorerst die gesetzliche Grundlage ist.

Die von den Gewerkschaften durchzuführenden Arbeiten auf sozialpolitischem, wirtschaftspolitischem wie auch auf kulturellem Gebiet sind stark beeinflußt durch die Beschlüsse von Potsdam. Wir haben diese Beschlüsse in Berlin begrüßt. Sie bilden die Plattform, von der aus die weitere Arbeit geleistet werden muß. Ich erwähnte bereits an anderer Stelle, daß es uns gelang, in der Zusammenarbeit mit allen zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung Berlin Fortschritte zu erzielen. In kameradschaftlicher Zusammenarbeit wurde zwischen uns und der Stadtverwaltung ein wirkliches Vertrauensverhältnis hergestellt, und soweit wir Berliner verpflichtet sind, auch mit den Zentralverwaltungen gemeinsam zu schaffen, darf festgestellt werden, daß auch hier im besten Sinne gearbeitet wird.

Kolleginnen und Kollegen! Ich denke daß meine kurzen Darlegungen den Beweis erbrachten, daß die Berliner Gewerkschaften in ihrem Raume gute Arbeit geleistet haben, und daß sie in bescheidenem Maße dazu beigetragen haben die ersten Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Gewerkschaften, der Wirtschaft, des sozialen Lebens und des Reiches zu schaffen.

Jetzt erwarten wir Berliner, daß durch eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der Zone auf diesem Wege weiter vorwärtsgeschritten wird. Nicht nur wir sondern alle, die bereits in den Gewerkschaften des sowjetrussischen Okkupationsgebietes zusammenarbeiten, hoffen, durch ihre Arbeit den Beweis anzutreten, daß die geeinte deutsche Arbeiterschaft, durch die Vergangenheit belehrt, sich ihrer besten gewerkschaftlichen Traditionen bewußt ist, ein neues Deutschland, ein Deutschland der Demokratie und des Rechtes zu schaffen.

Wir alle haben den Wunsch, daß sich diese Zusammenarbeit nicht nur beschränken wird auf Berlin und die sowjetische Zone, sondern daß es uns gelingt, in kürzester Frist alle, die an dem Wiederaufbau Deutschlands interessiert sind, alle, die ein Interesse daran haben, daß dieses Deutschland wieder ein ordentliches Land mit den notwendigen Sicherungen wird, uns bei diesem Aufbau helfen. (Beifall).

Ich denke, daß dieser Appell verstanden werden wird. Dieser Appell soll hinausgehen auch in den Westen Deutschlands, dieser Appell soll hinausgehen in alle Teile unseres Landes und dieser Appell soll nicht nur die Gewerkschaftler, nicht nur die Männer der beiden Arbeiterparteien erfassen, dieser Appell soll auch alle jene miterfassen und sie durchdringen, die heute die oberste und erste Verantwortung für die künftige Gestaltung unseres Landes tragen: Das sind die alliierten Regierungen. Und wenn wir

uns ihnen präsentieren als Männer und Frauen des werktätigen Volkes, eines Volkes, das noch daniederliegt, das aber jetzt seine besten Kräfte bereitstellt zu diesem Wiederaufbau, dann hoffen wir, daß uns nicht nur unsere Kameraden - das wissen wir - der Weltgewerkschaftsföderation die Hände reichen werden, sondern dann hoffen wir, daß wir auch Männer des Vertrauens aller alliierten Mächte sein werden. (lebhafter Beifall).

**Vorsitzender Jendretzky:** Ehe ich dem Kollegen Wolf, Brandenburg, das Wort zu seinen Ausführungen gebe, möchte ich folgendes bekanntgeben: Der Verlag der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland hat den Delegierten zur Erinnerung an diese Konferenz einige Bücher gestiftet (Beifall). Es handelt sich u.a. um die Lebensgeschichte Stalins, Werke von Stalin über dialektischen und historischen Materialismus, über Marxismus und nationale Fragen, Bücher von G.W. Plechanow: Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, von Michail Kalinin: Die Macht des Sowjetstaates, von W.A. Karpinski: Wie der Bauer in der Sowjetunion lebt, und ein großes Werk über die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Beifall). Diese Bücher werden den Delegierten zweifellos als Rüstzeug in ihrer Arbeit für den Sozialismus dienlich sein.

Der Verlag der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland wünscht der Tagung einen guten Verlauf (Beifall).

Dazu möchte ich noch anfügen, daß die Bücherausgabe gegen Vorzeigung der Delegiertenkarte im Foyer des Theaters erfolgt.

Sodann habe ich soeben ein Schreiben von einer Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, 13 V.B.L. Berlin-Tempelhof, bekommen. Es heißt darin:

„Die heute zu einer Parteiarbeiterkonferenz versammelten 400 Funktionäre der KPD des Verwaltungsbezirks Tempelhof übersenden dem Zonenkongreß des FDGB ihre brüderlichen Grüße.

Wir sind davon überzeugt, daß die Beschlüsse des Kongresses für ganz Deutschland von entscheidender Bedeutung sind. Von diesem Kongreß wird ein starker Impuls für die restlose Mobilisierung und Organisierung der Arbeiterklasse in den Freien Gewerkschaften zum Kampf gegen „Nazismus, Militarismus und Reaktion“ ausgehen. Er wird die demokratischen Kräfte stärken und damit zur Schaffung eines einheitlichen Deutschlands beitragen. Er wird durch das einmütige Zusammenwirken der sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Delegierten den Beweis erbringen, daß der Zusammenschluß der beiden politischen Parteien der Arbeiterschaft das Gebot der Stunde ist.“

---

---

**In Kürze erscheinen weitere Schriften zum Thema:**

- Von Bemberg - Textilfabriken Wuppertal - zu „Peck und Cloppenburg“  
in Berlin.

Zur Entstehung des Verbandes der Bekleidungsarbeiter in Berlin

**Von Prof. Dr. Horst Bednareck**

- Ja, so sollte der einheitliche Gewerkschaftsbund für ganz Deutschland  
aussehen!

Zu den Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaft 1946 bis  
1948

**Von Prof. Dr. Horst Bednareck**

- Sozialpolitik in der DDR -  
wichtiges Aufgabengebiet der Gewerkschaften.

**Von Prof. Dr. Gerhard Tietze**

- Der Arbeitsschutz in der DDR und die gewerkschaftlichen Aktivitäten  
auf diesem Gebiet.

**Von Prof. Dr. Gerhard Tietze**

**unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Demmler †**

Herausgeber: Interessengemeinschaft FDBG - 15. Juni 1945  
Prof. Dr. Horst Bednareck  
Am Berg 4, 12 559 Berlin, Tel: 030 - 65475369

Redaktion: Rudi Focke  
Hohenschönhauser Str. 20, 10 369 Berlin,  
Tel: 030 - 9727764  
Werner Koch  
Neltestr. 7, 12489 Berlin, Tel: 030 - 6772087

Für den Inhalt gezeichneter Beiträge ist der Autor verantwortlich.

Nachdruck: Nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Unkostenbeitrag: 1 EUR



**Herausgeber:** Interessengemeinschaft FDBG - 15. Juni 1945  
Prof. Dr. Horst Bednareck  
Am Berg 4, 12 559 Berlin, Tel: 030 - 65475369

**Redaktion:** Rudi Focke  
Hohenschönhauser Str. 20, 10 369 Berlin,  
Tel: 030 - 9727764  
Werner Koch  
Neltestr. 7, 12489 Berlin, Tel: 030 - 6772087

**Herstellung:** Presse-, Publikations- und Informationsdienst -PPI-  
Eigenverlag und Vertrieb "Wilhelm Pieck"  
ISSN 1433-6375  
Eigendruck